



Staatspräsident Özal, Militärs im Wintermanöver: Dem vereinigten Deutschland Machtmißbrauch vorgeworfen

Türkei

Schmutz und Sünde

Krach unter Freunden: Das deutsche Waffenembargo hat die Türken empört, Ankara warf der Bundesregierung Heuchelei und Großmannssucht vor.

Bonns Verbündeter kam sich vor wie der jählings Betrogene in einem Ehedrama: Plötzlich, unerwartet und mutwillig wählte er sich von seinem besten Partner verlassen.

„Schwein – Schwein – Schwein“, stammelte atemlos in deutschen Lettern das Boulevardblatt *Meydan*, nachdem Bonn vorletzte Woche die Waffenlieferungen an den Nato-Verbündeten gesperrt hatte. Für die Istanbul Tageszeitung *Hürriyet* verkörperte Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Böse: Auf einer Karikatur stellt er sich schützend, mit Hitlergruß und Hakenkreuz-Armbinde, vor einen bewaffneten kurdischen Separatisten.

Als Dienst am Leser rückte das Blatt fertig formulierte Protestschreiben in Türkisch und Deutsch ein: nur noch zu unterschreiben und abzuschicken ans Auswärtige Amt, Bonn.

Die liberale Tageszeitung *Milliyet* konnte sich den Zwist nur so erklären: „Hans ist verrückt geworden.“ Trotzig drohte das Blatt: „Wir kommen auch ohne deutsche Waffen klar.“ Das fand Regierungssprecher Akin Gönen ebenfalls: Schließlich könne der Bedarf „in Rußland, der Ukraine oder der Tschechoslowakei“ gedeckt werden.

Während Ankaras Premier Süleyman Demirel abgeklärt mahnte: „Es ist leicht, eine Freundschaft zu zerstören, aber schwer, sie wiederherzustellen“, schlug Staatspräsident Turgut Özal wild um sich wie ein gedemütigter Liebhaber: Deutschland, das „ständig Drohungen vom Stapel läßt, sich seit seiner Vereinigung als Großmacht“ betrachte, unterscheide sich vom Hitler-Reich nur dadurch, daß es statt seiner militärischen

nunmehr seine „wirtschaftliche Macht mißbraucht“.

Der Stolz der Türken war tief verletzt. Hatten sie nicht in den Deutschen ihre treuesten Freunde gesehen, seit 1798 Oberst von Goetze dem Sultan Verbesserungsvorschläge für die osmanische Armee machte? Und waren nicht 12 000 Türken an der Seite der Deutschen im Ersten Weltkrieg auf den westeuropäischen Schlachtfeldern gefallen, wie Ankaras Botschafter jetzt in Bonn erinnerte?

Vornehmlich auf Drängen der US-Regierung hatte die Bundesrepublik nach der Rückeroberung Kuweits riesige Mengen Rüstungsmaterial in die Türkei geliefert – auch als eine Art Wiedergutmachung für die übergroße Zurückhaltung, welche die Regierung Kohl nach Ansicht der westlichen Vormacht beim Feldzug gegen Saddam Hussein gezeigt hatte.

Und nun das deutsche Waffenembargo, als befände sich die Türkei in einem Korb mit Paria-Staaten wie dem Irak oder Libyen. Zwei Minister sagten Besuche in Deutschland ab, Ankaras renommierte Hacettepe-Universität strich das Kultur-Austauschprogramm mit deutschen Hochschulen.

Der Verein privater Sprachschulen setzte vorerst für eine Woche den

* Schlagzeile: Deutsches Schwein.

MEYDAN

Schwein... Schwein... Schwein...

Domuz Alman

✓PKK'yi destekleyip Türkiye'ye silah sevkiyatını durduran Almanlar'a, üst bağımlımızdaki "Domuz" kelimesini özellikle Almanca olarak "Schwein" diye yazdik

Türk-İs sert tepki gösterdi: "Almanlar 'Domuz' kelimesini üst bağımlımızdaki 'Domuz' kelimesini özellikle Almanca olarak 'Schwein' diye yazdik"

Meydan-Titelseite (Ausriß)*
Verletzter Stolz

Deutschunterricht ab; wenn die Deutschen sich binnen dieser Frist nicht besserten, so die Drohung, würden die Stunden ganz vom Plan verschwinden.

Die 1,7 Millionen Türken in Deutschland erteilte der Appell, ihre 28 Milliarden Mark Einlagen aus deutschen Banken abziehen. Als Höhepunkt der Straffaktionen forderten Handelskammern und Händler zum Boykott deutscher Waren auf. Spraykünstler rückten unverzüglich aus, der Forderung in Geschäftsvierteln mit Graffiti Nachdruck zu verleihen.

Der Textilexporteur Köksal Akçay aus Izmir hat als guter Patriot dabei gar „den Bankrott mit einkalkuliert“. Und Yalim Erez, Präsident der Istanbul Handelskammer, der mitgliederstärksten Wirtschaftsorganisation der Türkei, rief zum Bann gegen alles Deutsche. Mit gutem Beispiel wollte Erez vorangehen, seinen BMW vor das deutsche Generalkonsulat stellen und die Schlüssel verachtungsvoll über das Gittertor hängen.

Die gesamte EG, die USA dazu, wußten die Türken auf ihrer Seite – allein Deutschland, ausgerechnet, pochte auf Moral und Menschenrechte. „Wir brauchen keinen Menschenrechtsunterricht von Deutschland“, knurrte da ein *Hürriyet*-Kolumnist. Er und seine Kollegen erinnerten an „Sünden und Schmutz“ der Deutschen: die Vernichtung der Juden, den Handel mit dem Tod im Nahen Osten, die deutsche Mitschuld an Saddams Giftgasmassaker von Halabdscha.

Heuchelei erblickten die Türken alenthalben: Schließlich lasse „das Niederwalzen des unschuldigen palästinensischen Volkes durch israelische Panzer“ Kohl und Genscher kalt.

Und auch das noch: Kamen nicht die Kaliumcyanid-Fässer, mit deren Inhalt vorige Woche Terroristen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK die Wasserversorgung von Offiziersheimen vergiften wollten, aus Deutschland, von Degussa? Oder: „Wenn die Deutschen es mit dem Schutz von Minderheiten ernst nehmen, warum schützen sie nicht unsere Landsleute vor den Skinhead-Mördern?“ fragt etwa der Teppichhändler Babur Arslan.

Daß den deutschen Waffenlieferanten bis zum jüngsten Eklat angeblich nie der Gedanke gekommen war, die

Empfänger könnten die neuen Waffen gegen die PKK und ihre kurdischen Anhänger nutzen, hielten auch Regierungen in den westlichen Hauptstädten für Doppelmoral der „Hohenpriester in Bonn“ (*Wall Street Journal*). Das Pentagon stellte dagegen offenbar den türkischen Verbündeten sogar Fotos seiner Aufklärungssatelliten für die Angriffe auf kurdische Stellungen zur Verfügung.

Wenn also in der Sicht der Türken Bonns wahres Motiv nicht Sorge um die Menschenrechte sein kann, muß es Hintergedanken geben. Gängigster Verdacht: Bonn wolle die Türkei nicht in der EG haben und schiebe deshalb ständig die Menschenrechte vor.

Die Türken fühlten sich um so schwerer gekränkt, als ihre strategische Bedeutung seit dem Krieg gegen den Irak und dem Ende der Sowjetunion erheb-

weit zum Verdacht, daß Deutschland gemeinsame Sache mache mit der PKK. Nach Aussagen ihres Chefs Abdullah Öcalan, genannt Apo (Onkel), will die PKK die kurdischen Gebiete auch um den Preis von „100 000 Toten“ befreien. Im Spätsommer, hat Apo angekündigt, wolle er im türkischen Südosten sein kurdisches Parlament vorstellen und einen unabhängigen Staat ausrufen.

Ein hoher Beamter des türkischen Außenministeriums räumt zwar ein: „Wenn der Staat es mit Terroristen zu tun hat, kommt es zu Menschenrechtsverletzungen.“ Aber in Deutschland würde das vermutlich nicht anders sein, glaubt er: „Was würde Bonn wohl machen, wäre da einer, der mit seinen Separatisten bayerische Dörfer erobert, die Bürgermeister aufzuhängen droht und sich rühmt, eine Kriegskasse von 100 Millionen Mark zu haben, genug für 50 000 bewaffnete Kämpfer?“

PKK-Chef Apo rühmt sich, einen Großteil seiner Millionen von Kurden in der Bundesrepublik erhalten zu haben, weshalb er dem freundlichen Gastland seiner Anhänger gern bald Besuche abstatten möchte.

Das verbittert die Türken, zumal sie glauben, die deutschen Sicherheitskräfte hätten weggesehen bei den jüngsten Anschlägen auf türkische Konsulate, Geschäfte und Fluglinienbüros. „Der Polizist in Berlin hat den Terroristen freundlich zugewinkt, als sie ein türkisches Büro zertrümmerten“, hat ein Kunde in Babur Arslans Istanbul Teppichladen telefonisch aus Berlin übermittle bekommen.

„Wer Freunde wie Deutschland hat, braucht keine Feinde mehr“, tobten die Zeitungen noch Anfang voriger Woche. Aber nach fünf turbulenten, aufbrausenden Tagen regte sich in Ankara auch wieder das Bedürfnis nach ein wenig Harmonie.

Der Ministerpräsident suchte Staatschef Özal auf, der seinen Machtverlust seit Demirels Amtsantritt noch nicht verkraftet hat, um ihn mit „freundlichen Worten“ vor unbedachten Vergleichen zu warnen. War also alles, so Demirel, „ein Sturm im Wasserglas“?

Helmut Kohl versicherte den Türken bei der Bundestagsdebatte unverbrüchliche Freundschaft. Sein Außenminister tat das gleiche in einem Interview



Genscher-Karikatur in der Zeitung *Hürriyet*: Verkörperung des Bösen

lich gewachsen ist. Ankara bot sich an, als demokratisches, laizistisches Modell eine Brücke zwischen dem Westen und den islamischen, turksprachigen Südstaaten der zerbrochenen UdSSR zu schlagen. Ganz im Interesse des Westens soll der säkulare Moslemstaat verhindern, daß sich die islamischen GUS-Republiken den Teheraner Mullahs annähern.

Diese Aufwertung, glauben viele Türken, habe den Neid der Deutschen geweckt, die selbst die politische Ordnungsmacht im Osten sein wollten und die alleinige Ausbeutung der neuen Märkte anstrebten. „Niemand will eine starke Türkei“, so der Kolumnist Mehmed Ali Birand. Deutschland wurde offen unterstellt, die Türkei destabilisieren zu wollen – wie es schon Jugoslawiens Zerfall beschleunigt habe mit der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens.

Wenn solche Paranoia sich erst einmal festgesetzt hat, ist es nicht mehr

mit der Zeitung *Hürriyet*. Außerdem betonte der Kanzler, er habe niemals Zweifel gehabt, daß die Türkei ihre Terroristen bekämpfen dürfe.

Tansu Çiller, Staatsministerin für Wirtschaftsfragen, atmete auf: „Nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird.“ Im Hause der Istanbul Handelskammer reichten sich am vorigen Donnerstag Präsident Yalim Erez und

der Istanbul Vertreter der deutschen Wirtschaft, Wulf Martin, milde verzeihend die Hände.

Martin spendete den verletzten Seelen Trost: Als Handelspartner sei die Türkei aus deutscher Sicht „in der ersten Bundesliga. Sie wird nicht ab-, sondern aufsteigen“. Daraufhin ließ Erez wissen, er wolle seinen BMW nun doch behalten.

rer kurdischer Freischärler zu verhindern.

Die Repressalien der türkischen Regierung haben die Solidarität mit den Untergrundkämpfern eher noch verstärkt. „Das Volk ist die PKK, die PKK ist das Volk“, lautete die Losung, mit der vor zwei Wochen einige tausend Kurden in Cizre ihr traditionelles Fest Newroz feierten. Durch ihren provozierenden Aufmarsch lösten sie die bislang blutigste Auseinandersetzung mit den übermächtig angerückten Sicherheitskräften aus. Cizres Bürgermeister Haşim Haşimi hat über 60 zum Teil schwer Verletzte und 13 Tote gezählt.

Seit Newroz gilt die Krisenregion fast schon als Kriegsgebiet. Nahezu täglich berichten Kurden von Schußwechseln zwischen Angehörigen der PKK und türkischem Militär.

Offizielle Einreisebeschränkungen gibt es zwar – noch – nicht. Doch Fremde müssen mit Schikanen rechnen. Der Düsseldorfer Landtagsabgeordnete der Grünen und Kurdenfreund Siegfried Martsch etwa, der im Auftrag seiner Fraktion die Lage in Augenschein nimmt, wurde gleich am Flughafen Diyarbakir von Sicherheitskräften abgefangen und einvernommen.

Besonders aufrührerische Städte wie Nusaybin sind für Ausländer gesperrt. Bewaffnete Posten wimmeln Neugierige barsch ab. Fotos von massiven Zerstörungen in Häusern und Basaren, Berichte über getötete oder verwundete kurdische Frauen und Kinder sollen das Bild vom demokratischen, westlichen Werten verbundenen Nato-Partner Türkei nicht noch mehr beschädigen.

Trommeln in der Nacht

SPIEGEL-Redakteur Dieter Bednarz über den Kurdenkrieg

Sie kommen meistens erst nach Sonnenuntergang. Ein dumpfes Dröhnen kündigt sie schon von weitem an, dann signalisieren die an den Häuserwänden entlangzuckenden Lichtstrahlen der Suchscheinwerfer ihr unaufhaltsames Näherrücken; schließlich walzen sie vorbei: zwei schwere Panzer der ehemaligen Nationalen Volksarmee der DDR.

Wie gewaltige Insekten, deren lange Lichtfühler jedes Fenster abtasten, schieben sich die olivgrünen Ungetüme durch die dunklen Straßen und Gassen der kurdischen Stadt Cizre. Aus den Lücken spähen türkische Soldaten nach kurdischen Terroristen – oder wen sie dafür halten.

Wo die Besatzungen mit ihren Nachtsichtgeräten auch nur die geringste verdächtige Bewegung ausmachen, halten sie an. Bedrohlich lassen die mit Panzerwesten gewappneten Schützen ihre Maschinengewehre kreisen.

Doch die 30 000 Einwohner des Städtchens am Tigris geben den Mannschaften der etwa zehn Panzerfahrzeuge, die nachts Cizre durchkämmen, keinen Anlaß zum Abdrücken. Wer Vorhänge oder Fensterläden besitzt, hat seine Wohnung abgedunkelt. Schon lange vor Beginn der ab 21 Uhr verhängten Ausgangssperre sind die Straßen leer.

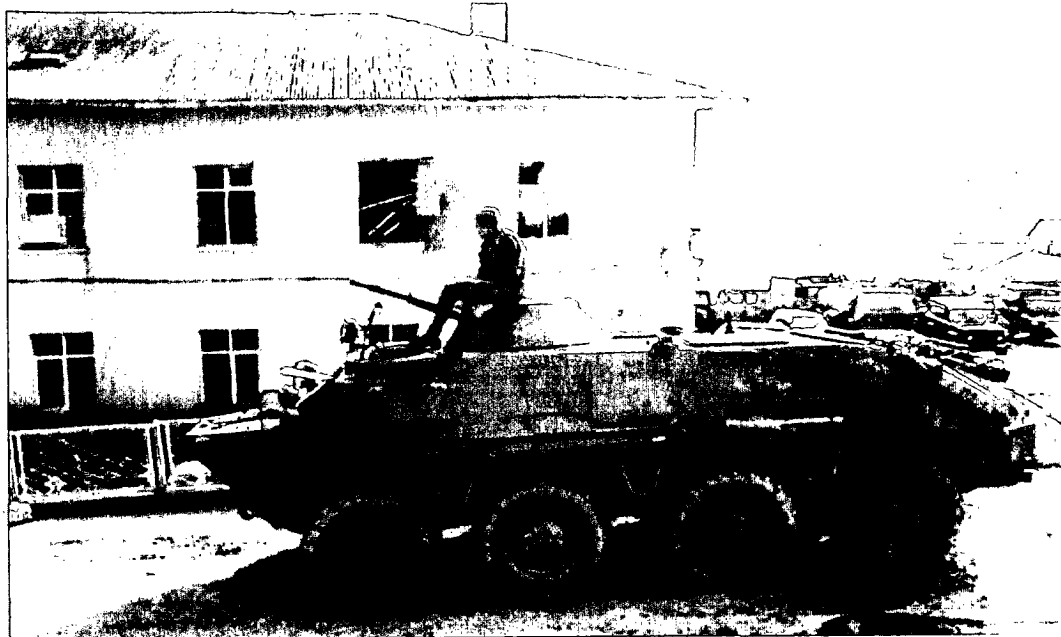
Selbst der Dört-Yol-Platz, auf dem die Bauern ihr Vieh verkaufen, ist bereits bei Anbruch der Dämmerung verlassen. Dabei müßte dieser zentrale Treffpunkt gerade im moslemischen Fastenmonat Ramadan, in dem nach dem abendlichen Iftar-Essen die Nacht zum Tage wird, auch zu später Stunde noch belebt sein – unter normalen Umständen.

Doch Normalität kennt Cizre schon seit Jahren nicht mehr. Die Stadt, die im Südosten der

Türkei direkt an der syrischen und nahe der irakischen Grenze liegt, gilt als Zentrum der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung. Vor allem aber zählt Cizre zu den Hochburgen der militanten kurdischen Arbeiterpartei PKK.

Im Gegensatz zu anderen Gruppen, die sich mit kultureller und politischer Autonomie innerhalb der Türkei zufriedengeben, kämpft die radikale PKK für einen unabhängigen sozialistischen Kurdenstaat. Seit 1984 fordern ihre Kämpfer die türkische Regierung mit Terroranschlägen heraus.

Viele von ihnen schrecken vor keiner Mordtat zurück. Aber Ankara reagiert gleichfalls brutal. Kurdendörfer in den Bergen des irakischen Grenzgebiets, in dem das Militär Stellungen der PKK vermutet, werden von Splitterbomben zerstört. Türkische Kurdendörfer der Region, für die seit 1987 der Ausnahmezustand gilt, werden systematisch „entvölkert“, um das Einsickern weite-



Türkischer Schützenpanzer im Kurdengebiet: „Dinnen Blut, draußen tof“